

Drei Jahre Einwanderungs-Debatte Blocher zieht Bilanz

«Pfuui!»

Blick

Fr. 2.50

Die Tageszeitung für die Schweiz | Samstag, 17. Dezember 2016

Das grosse
Interview

➔ Seiten 2-3

Alle wollen den Jackpot sogar Millionäre Jetzt spielen Lotto!



Fotos: Stefan Bohner



Riesenehre
für unsere
Jodel-
Prinzessin

Helene Fischer machts mit Oesch

➔ Letzte Seite



DJ Antoine würde einen
Privatjet mieten
und Party machen.



Die schwangere
Christa Rigozzi stösst
schon mal an – aber
nur mit Wasser.



Irene Stocker aus Pfäffikon SZ
wählt die Zahlen zufällig.



Multimillionär
Hausi Leutenegger
spielt zum ersten Mal
in seinem Leben mit.



Renate Gerni aus Wilen SZ:
Lieblingszahl 7.



Brigitte Schuler aus Wangen SZ
hat ihren Einsatz erhöht.



Model und Designerin
Bianca Gubser:
Immobilien, Kunst, Ferien.

Fotos: Joseph Khakshouri, Peter Mosimann, Stefano Schröter, Tom Lindros

Das Wetter
Samstag
2° | -2°
Mehr Wetter & 5-Tages-Prognose ➔ Seite 12

Blick
Redaktion Blick
Postfach, 8021 Zürich
Redaktion: 044 259 62 62
Abos: 0848 833 844
(8 Rp./Min. aus dem Festnetz, Anrufe aus dem
Handynetz können preisl. variieren)
redaktion@blick.ch
kundenservice@blick.ch

AZ 4800 Zofingen
Nr. 295 – 58. Jahrgang

★★★★★



9 771013 066000

00295

Auto gegen Velo

Gleiche Bussen für alle. Ist das fair?

➔ Seite 4 und Leserbrief

SVP-Übervater Christoph Blocher

+++ Die gestern lancierte Auns-Initiative: Er wurde überrascht, Er nennt es Staatsstreich +++ Zuwanderung kantonal drosseln: Davo



«Die FDP verso das Volk»

«Die SVP muss noch einen Beschluss fassen», sagt Blocher zu einem allfälligen Referendum gegen den Arbeitslosenvorrang des Parlaments.

Nico Menzato, Christof Vuille (Interview) und Daniel Kellenberger (Fotos)

Blick Herr Blocher, die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) hat einen Coup gelandet – und die Initiative für eine Kündigung der Personenfreizügigkeit lanciert. Haben Sie dazu geraten?

Christoph Blocher: Nein, ich bin dort nicht im Vorstand. Es hat ihnen offenbar den Nuggi rausgehauen – verständlich. Die SVP hat einen etwas anderen Zeitplan.

Fühlen Sie sich als Auns-Gründer hintergangen?

Ich lege Wert darauf, dass die Auns eine eigenständige Organisation ist. Ich war Gründungspräsident. Die Auns ist eine Kampforganisation für die Unabhängigkeit, weil den Parteien in dieser Frage nicht zu trauen ist. Deshalb muss die Auns selbständig handeln. Und das tut sie nun.

Wird die SVP die Auns unterstützen?

Das muss zu gegebener Zeit entschieden werden. Jetzt hat das Parlament beschlossen, die Masseneinwanderung zu dulden und die Verfassung nicht umzusetzen. Also ist der Bundesrat verpflichtet, per 9. Februar 2017 eine Verordnung zu

erlassen, die den Verfassungsauftrag umsetzt. Tut er dies nicht, müsste die Personenfreizügigkeit gekündigt werden, wie das der Bundesrat mehrmals angekündigt hat. Unterlässt er auch das, muss der Bürger handeln. Dann drängt sich meines Erachtens die Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit auf. Entscheiden muss dann die SVP.

Statt über die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative zu jammern, könnte die SVP jetzt auch handeln – und das Referendum gegen das Gesetz ergreifen.

Das bringt keine Reduktion der Zuwanderung. Ich bin für einen Verzicht. Die SVP muss



«60 000 Zuwanderer verkräftet die Schweiz nicht.»

aber noch einen Beschluss fassen.

Wieso Ihr Veto?

Das Parlament hat eine Nulllösung beschlossen. Eine siegreiche Referendumsabstimmung brächte aber den heutigen Zustand – auch eine Nulllösung. Und dann? Der Bundesrat hat sich dieser Nulllösung im Parlament angeschlossen. Wer vor der EU auf den Knien herumrutscht, wird den Volkswillen nicht erfüllen können.

Das ist eine Unterstellung. Der Bundesrat müsste auf seinen Vorschlag der einseitigen Schutzklausel zurückkehren. Und Sie hätten Ihre Kontingente und Höchstzahlen.

Das könnte er sofort tun, er ist dazu gemäss Verfassung sogar verpflichtet. Er tut es heute nicht und wird es morgen auch nicht tun. Er hat seinen Vorschlag im Parlament fallen lassen.

So oder so kommt es zu einer weiteren Zuwanderungsabstimmung. Der Bundesrat wird am Mittwoch den Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative präsentieren. Was ist zu erwarten?

Mit einem Vorbehalt der bilateralen oder generell der völkerrechtlichen Verträge will der Bundesrat den Verfassungsartikel unterlaufen. Internatio-

nales Recht – EU-Recht – soll über die schweizerische Verfassung gestellt und die Bürger entmachtet werden. Eine Ungeheuerlichkeit, die kein anderes Land kennt.

Es kommt also zur Grundsatzabstimmung: Personenfreizügigkeit – ja oder nein? Wenn der Bundesrat diese Abstimmung gewinnt, achten Sie dann den Volkswillen und lassen die Kündigungs-Initiative im Eimer verschwinden?

Natürlich nicht. Dann braucht es die Kündigungs-Initiative erst recht. Wenn der Personenfreizügigkeitsvertrag als internationales Recht über allem steht, muss er ohnehin beseitigt werden.

Und wenn die SVP die Rasa-Abstimmung gewinnt?

Dann gilt der heutige Zuwanderungsartikel. Aber wenn Bundesrat und Parlament diesen nicht umsetzen – aus Angst vor der EU –, braucht es die Kündigungs-Initiative. Dann kann man die EU nicht mehr vorschieben. Wir haben in dieser Frage das Vertrauen in Bundesrat und Parlament verloren. Es ist ein Staatsstreich im Gange, indem man das Volk entmachtet.

Dann wird es zwei Grundsatzabstimmungen geben?

Wahrscheinlich schon. Es geht um die Unabhängigkeit der Schweiz, die Einhaltung der direkten Demokratie und die Begrenzung der Masseneinwanderung.

Sie werden von der Realität eingeholt. 2016 werden netto nicht mehr 80 000, sondern nur noch 60 000 Personen einwandern.

Pfui! In heutiger Zeit 60 000 Personen – das kann die Schweiz nicht verkraften. Überall werden Leute entlassen und trotzdem wird im Ausland rek-

rutiert. Dazu kommt der ganze Asylbereich. Auch hier gibt der Bundesrat Entwarnung, weil 2016 «nur» 26 000 Personen kommen werden. Das sind 20 000 zu viele!

Wie gross wird der Einfluss des vom Parlament beschlossenen Arbeitslosenvorrangs sein?

Null. Auch alle EU-Bürger können kommen, sich melden und profitieren. Angenommen ich möchte für meine Firma unbedingt einen Ausländer, kann ich ihm sagen: «Komm in die Schweiz und melde dich beim RAV!» Dann kann man dich mir vermitteln! Aber ganz ehrlich: Niemand glaubt das Ammenmärchen, dass mit diesem Nichtumsetzungsbeschluss ein einziger Ausländer weniger in die Schweiz kommt. Ich gehe sogar vom Gegenteil aus.

Nationalrat Gregor Rutz will den Zürcher Regierungsrat beauftragen, die Zuwanderung kantonal zu begrenzen. Ihr Fraktionschef Adrian Amstutz meinte, das sei auch in anderen Kantonen eine Möglichkeit.

Das funktioniert nur, wenn der Vorschlag nicht gegen Bundesrecht verstösst. Das Problem ist die Personenfreizügigkeit. Das wissen meine Parteikollegen auch.

Im März soll auf dem Bundesplatz eine Kundgebung gegen die «Missachtung des Volkswillens» stattfinden. Soll die SVP da mitmachen?

Das weiss ich nicht. Wenn die Bewegung aus der Bevölkerung kommt, ist das schon eine gute Sache. Hoffentlich hilft es.

Ihre Basis besitzt aber keine Demonstrationskultur.

Wir sind eine liberal-konservative Partei. Es ist nicht unser primäres Mittel, auf die Strasse zu gehen. Die SVP hat starke Regierungsvertreter auf allen Staatsebenen. Aber klar, der Sozialismus lebt die Demonstrationskultur mehr. Rund um die EWR-Abstimmung gab es aber auch Kundgebungen. Nun brodel es wieder im Volk – auf der konservativen Seite.

Woran machen Sie diese Behauptung fest?

Ich staune über die Töne gegen Bundesbern. Wütende Leute kommen auf mich zu und sagen, man

müsse das Bundeshaus anzünden.

Was sagen Sie diesen Menschen, die wohl Ihre Partei wählen?

Dass ich ihre Wut verstehen kann. Aber ich halte nichts von revolutionären Ideen. Eine Revolution hat noch nie ein Prob-



«Wütende Leute sagen mir, man müsse das Bundeshaus anzünden.»

lem gelöst. Sie baut nicht auf, sondern reisst ab. Als der Bundesrat sagte, er wolle trotz EWR-Nein in die EU, hätte ich sagen können: «Mir nach, marsch.» Dann hätte das Bundeshaus gebrannt. Ich glaube aber, dass man alles anders lösen kann – solange das Volk ernst genommen wird. Ist das nicht der Fall, müssen die Demokratiefreunde abgewählt werden und durch Demokratiefreunde ersetzt werden.

Das neue Parlament ist seit einem Jahr aktiv. Was halten Sie von Ihren Hoffnungsträgern Roger Köppel, Magdalena Martullo und Hans-Ueli Vogt?

Moment, da gibt es noch andere. Franz Grüter aus Luzern ist ein tüchtiger, David Zuberbühler aus dem Appenzell macht gute Arbeit, die Basellandschäftlerin Sandra Sollberger, aber auch mit den vielen Neuen aus Uri, Solothurn, Schwyz, der Waadt und anderen bin ich sehr zufrieden. Ihr Problem ist das Mitte-links-Parlament.

Unsinn, Herr Blocher. Zusammen mit der FDP, Ihrer langjährigen Partnerin, haben Sie im National- und im Bundesrat eine Mehrheit.

Unsere Partnerin? Die FDP führte beim Nichtumsetzungsbeschluss die Feder und die Gewerkschaften die Hand von Philipp Müller. Sie helfen mit, die Unabhängigkeit der Schweiz aufzugeben und «versolet» (Dialekt für verschaukeln – Red.) die Bevölkerung.

Was ist denn das Problem mit der FDP? Petra Gössi scheint stramm bürgerlich zu politisieren.

Das müssen Sie die Freisinnigen fragen. Ich bin nicht Psychiater. Bei der MEI war die CVP Ihre Verbündete.

Das ist übertrieben. Aber immerhin haben sie gemerkt,

Böse Plakate und 33 Leerstellen

SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz war wieder einmal richtig sauer: «Kolleginnen und Kollegen, nicht geschätzte Verfassungsbrecher», grollte er das Nationalratsplenum an. Schimpfte über die «himmeltraurige Bilanz», rüffelte die von der FDP eingefädelt «Gesetzesruine», beklagte die «Kapitulation vor der EU».

Am Ende drohte er mit einer SVP-Initiative zum Austritt aus dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU – falls der «Inländervorrang light» beschlossen werde. Es half alles nichts: **Der Nationalrat stimmte der MEI-Umsetzung nach FDP- und SP-Gusto zu, mit 98 zu 67 Stimmen – bei 33 Enthaltungen der CVP.** Wie ein Mann – und alle



Geplanter Eklat: SVP-Fraktion hält Plakätchen hoch.

nen Plan dafür, **nicht abgestimmt mit der konsternierten SVP.**

Für die Volkspartei ist es eine Pleite auf der ganzen Linie. Sie unterschätzte die EU, die drei Jahre lang null Interesse an einer Einigung zeigte. Sie unterschätzte die FDP, die nach drei Jahren Beschimpfungen von rechts nicht mehr reagiert auf weitere Schmähungen.

Alles ging gestern seinen Gang. Einzige Überraschung waren 33 Leerstellen: die Enthaltungen der CVP. Das wichtigste Geschäft der Session – und die **traditionelle Scharnierpartei der Schweiz hat nichts mehr zu sagen. Eine Bankrott-erklärung.** Dass sie im Theater von SVP und Auns unterging, dürfte die CVP-Chefs erleichtert haben. **Thomas Ley**



«Früher gab es Rindszunge zu Weihnachten. Aber das mussten wir wegen der Enkelinnen und Enkel leider umstellen.»

Blocher zieht Bilanz

findet sie aber nötig +++ Umsetzung Zuwanderungs-Initiative: ... hält er nichts +++ Und vom bürgerlichen Partner noch weniger

let

dass sie den Verfassungsbruch auch mit Beichten nicht wegbringen. Am Schluss gab auch die CVP durch Stimmenthaltung den Ausschlag, dass Müllers Gewerkschaftspapier nicht abgelehnt wurde. **Der Bundesrat hat die Personenfreizügigkeit auf Kroatien ausgedehnt. Was sagen Sie dazu?**

In der Verfassung steht klar: «Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.» Also ist der Beschluss wieder ein Verfassungsbruch.

Anderes Thema: Wann lancieren Sie Ihre Gratis-Sonntagszeitung? Diese Ideen und Pläne sind noch immer in Prüfung. Einen Zeithorizont kann ich nicht angeben. Aber es haben sich tatsächlich schon sehr viele Journalisten gemeldet, ob es offene Stellen gibt. Ich habe sie vertröstet (lacht).

In einer Woche ist Weihnachten. Wie feiern Sie?

Ganz traditionell: grosser Christbaum mit vielen Kerzen und wunderschönem Schmuck. Silvia und ich haben elf Enkel, deshalb kommt nicht mehr die ganze Familie auf einmal. Fast in jedem Jahrgang von einem Jahr aufwärts haben wir ein Grosskind. Mit all den Kerzen auf so viele kleine Kinder zu achten, geht nicht. Die Familien kommen also gestaffelt. Dann wird verlangt, dass ich allen die Weihnachtsgeschichte vorlese. Es wird gesungen und musiziert! Die Kinder spielen Instrumente, das gefällt mir sehr. Und gegessen wird natürlich auch.

Was ist Ihr Festtagsmenü? Früher gab es immer Rindszunge, aber das mussten wir leider umstellen. Sobald Enkelinnen und Enkel älter werden, wollen sie das lieber nicht mehr essen.

Sie haben also Vegetarier in der Familie.

Es geht in diese Richtung. Aber sie werden ja in höheren Schulen auch so erzogen. Wahrscheinlich glauben sie, kein Fleisch essen zu dürfen, damit ihnen die gesunden Lehrer nicht eine schlechte Note geben (lacht).

Haben Sie Vorsätze für 2017 gefasst?

«Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert», habe ich im Elternhaus gelernt. Ich brauche und fasse keine. Ich entscheide ja dann doch spontan. Und ich habe ja so viele Fehler, die bringen Sie mit den besten Vorsätzen nicht weg (lacht).



Kunst-Liebhaber
Christoph Blocher in seiner Villa in Herrliberg ZH.

POLITIK & WIRTSCHAFT

Helvetia übernimmt Hypo-Vermittler

Bern – Die Helvetia setzt weiter auf die Digitalisierung. Die Versicherung übernimmt die Mehrheit am Online-Hypothekenvermittler Moneypark. Moneypark soll aber weiterhin als eigenständiges Unternehmen geführt und nicht in die Versicherung integriert werden.

Raiffeisen lanciert Arme-Leute-Hypothek

St. Gallen – Trotz deutlicher Kritik der Behörden macht die Raiffeisen-Gruppe Ernst mit Hypotheken für weniger begüterte Kreditnehmer. Die Bank wird in den nächsten Wochen ein entsprechendes Angebot lancieren.

Börse & Devisen

SMI	8227.7 (+0.2%)
DOW JONES	19830.3 (-0.1%)
EURO/CHF	1.07
USD/CHF	1.03
GOLD	37512 Fr./kg
ERDÖL	55.15 \$/Fass

Einmal Heugümper-Burger, bitte



Coop plant erste Insektenmenüs – nun, da sie erlaubt sind.

Bald landet, was krecht und fleucht, auch auf unseren Tellern. Der Bundesrat hat grünes Licht gegeben für den Handel und Verkauf von Insekten. Damit sind **Mehlwürmer, Grillen und Wanderheuschrecken ab Mitte 2017 offiziell auch Lebensmittel** und damit legale Zutaten in der Küche. Grille vom Grill, endlich! Coop ist schon in den Startlöchern und bringt nächstes Jahr entsprechende neue Produkte auf den Markt, wie der Gross-

verteiler gestern ankündigte. Zum Beispiel Hackbällchen – und einen Insekten-Burger.

Insekten-Food enthält viele Proteine, kann nachhaltig produziert werden und bringt neue Geschmacksrichtungen für den Gaumen. Besonders in Asien ist diese Ernährungsform verbreitet. Bei uns werden Gourmet-Insekten nun im Lebensmittelrecht verankert. Reklamieren Sie in der Beiz künftig also nicht, «da ist der Wurm drin!» – er könnte zum Menü gehören.

Uber kriegt Konkurrenz Tägerler fahren jetzt auch App

Was haben sie geflucht, die Schweizer Taxifahrer! Als Uber in der Schweiz startete, organisierten sie Demos gegen den US-Fahrdienstvermittler, fuhren hupend und im Schrittempo durch Städte. **Forderten gleich lange Spiesse. Alles für die Katz – Uber ist noch immer da.**

Jetzt versuchen es die Taxifahrer abermals. Sie greifen Uber mit dessen eigenen Mitteln an: mit einer App. Taxi Live heisst sie und wird in Zürich lanciert. **«Wir sprechen damit vor allem Fahrer an, die an keine Zentrale angeschlossen sind»**, sagt Roland Höhn, Sprecher der Taxi-Sektion Zürich. Allein in der Limmatstadt gibt es 800 solche Fahrer. Schlägt die App ein, ist eine Expansion in andere Städte geplant.

So funktioniert: Der Fahrer zahlt eine Gebühr von zwölf Prozent pro vermittelte Fahrt – bei Uber muss er 20 bis 30 Pro-

zent abliefern. **«Die Preise für den Kunden liegen 40 Prozent unter dem Zürcher Höchsttarif»**, verspricht Höhn.

Konkret: Zur Grundtaxe von vier Franken kommen drei Franken pro Kilometer und ein Franken pro Minute Wartezeit. «Das ist nahe an der Schmerzgrenze der Fahrer. Aber sie können so noch ein gutes Einkommen erzielen.» Noch tiefer könne man nicht mithalten, **sonst seien die Tägerler auf Unterstützung des Sozialamts angewiesen.**

Mit der App sehen neu auch Kunden klassischer Taxis auf dem Handy, wo sich ihr Fahrer befindet. Zahlen können sie per Kreditkarte oder in bar. **Höhn: «Anders als Uber sammeln wir keine Kundendaten.»** Taxi-Live-Fahrer brauchen einen Taxiausweis und einen Wagen mit Fahrtenschreiber. Anders als bei Uber Pop, wo jeder mit seinem Auto fahren kann.

Michael Bolzi, Patrik Berger